

worden war, weil für Kehler Schüler alle Straßburger Schulen durch die elektrische Straßburger Straßenbahn in 20 Minuten erreichbar seien. Beide Gemeinden waren zusammengebaut, die Gemarkungen griffen z.T. ineinander über. Die Gemarkung des 24mal größeren Dorfes umschloß das Gebiet der Stadt auf allen 4 Seiten zangenförmig — nicht einmal der Aufgang zur Rheinbrücke erfolgte auf städtischem Boden, so daß das Dorf die Kosten der Brückenbeleuchtung mittragen mußte.

Der Rheinhafen war von der badischen Eisenbahnverwaltung um die Jahrhundertwende errichtet, das Gebiet größtenteils durch den badischen Staat von der Gemeinde Auenheim gekauft, dann von deren Gemarkung abgetrennt und der Gemeinde Kehl-Dorf zugeschlagen worden. Die Angliederung an die Stadt, was für die Entwicklung des Hafens vielleicht günstiger gewesen wäre, mußte unterbleiben, weil zwischen die Stadt und das von Auenheim abgetrennte Gebiet ein großes Stück der Gemarkung von Kehl-Dorf einsprang. Für Ausbau und Besiedlung des Hafens war es bisher von großem Nachteil, daß die Verwaltung und Leitung der beiden so nahe aneinander liegenden Gemeinden zu Unzuträglichkeiten führten und führen mußten.

#### *Dietrich erreichte schon 1910 die Vereinigung*

Zwei Hauptgründe waren es, welche der neue Stadtbürgermeister ins Feld führte: die einheitliche Gemeinde kann die Aufgaben beider besser lösen, und die Stadt kann sich überhaupt nicht erweitern, sie ist klein und fast ganz überbaut, wenn sie auch über große Gärten verfügt; die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe ist nur auf der Gemarkung des Dorfes möglich. so ist die Zusammenlegung unerläßliche Voraussetzung für eine gedeihliche Entwicklung beider Gemeinwesen und des Rheinhafens. Es war ja eine reiche Braut, dieses Dorf Kehl: nicht nur war seine Gemarkung sehr umfangreich, sondern es besaß auch 500 ha Gemeindebesitz mit großen Ackerflächen am südlichen Gemarkungsrand, außerdem befanden sich im Hafengebiet 200 ha in staatlichem Besitz.

Dietrich behandelte die beiden Gemeinden als gleichberechtigte Partner, er wollte nicht einfach eingemeinden, er wollte beide zusammenlegen. Dadurch überwand er die psychologischen Widerstände der Dorf-Kehler. Schon nach anderthalb Jahren gelang ihm durch Überzeugungskraft und kluge Taktik die Vereinigung. Als Rathaus der neuen Gesamtgemeinde wählte er nicht eines der bisherigen Rathäuser, sondern ein Gebäude, das an der Grenze beider Gemeinden lag und als Kaserne und als Schule verwendet worden war. Die Bürger des Dorfes erhielten, mit ihrer Zustimmung, 450 000 Goldmark als Ablösung für die Allmendgüter ihrer bisherigen Gemeinde, die Verteilung erfolgte unter die 700 berechtigten Bürger und ihre Anwärter, die Summe sollte und konnte aus der Verpachtung verzinst und getilgt werden. Die neue Stadtge-